JUNGE UNION DEUTSCHLANDS

Für ein Europa der Möglichkeiten.

Beschluss des Deutschlandrates
vom 30. November bis 1. Dezember 2012 in Saarbrücken

Von einer rein geografischen Bezeichnung über eine starke Gemeinschaft ist die Europäische Union zu einem Staatenverbund gewachsen, der auch in den kommenden Jahrzehnten das größte Mitgliedsland Deutschland entscheidend prägen wird. Die Junge Union möchte sich an dieser Entwicklung beteiligen und Ausrichtung, Ziele und Werte nachhaltig beeinflussen.

Wer an diesem Prozess – einem Europa von morgen – mitwirken will, muss jedoch das Europa von gestern verstehen und die Probleme von heute angehen. Seit ihrer Entstehung hat die Europäische Union viele Herausforderungen erfolgreich bewältigt. Die Europäer haben es geschafft, nach der verheerenden Katastrophe des Zweiten Weltkrieges die Feindschaft und das gegenseitige Misstrauen zu überwinden und ein Zeitalter des Friedens und der Kooperation einzuläuten. Der Kalte Krieg, die Diktaturen in Spanien, Portugal und Griechenland, der immense und teilweise bis heute andauernde Transformationsprozess in den osteuropäischen Ländern, sind nur einige herausragende Beispiele der Probleme, die die EU erfolgreich lösen konnte. Die aktuelle Finanz- und Schuldenkrise ist die nächste große Herausforderung, die uns gleichzeitig eine einmalige Möglichkeit zu einer umfassenden Reform der europäischen Gemeinschaft eröffnet.

Die Staatsschuldenkrise in der Eurozone ist unter anderem die Folge einer Missachtung und Aufweichung von zuvor klar definierten Regeln durch die Mitgliedsstaaten. Fehlende und ineffektive Kontroll- und Sanktionsmechanismen der europäischen Institutionen sowie eine bewusste Täuschung in Hinsicht auf die vorhandenen Defizite trugen zu dem Entstehen und zu einer Verschärfung der Krise bei. Eine solide und transparente Haushaltsführung ist daher zukünftig unerlässlich. Die Junge Union erinnert und verweist in diesem Zusammenhang auf die 1992 vereinbarten EU-Konvergenzkriterien und fordert die strikte Einhaltung des Vertrags von Maastricht.

Die Integrität des Euros kann und sollte in diesem Zusammenhang nicht in Frage gestellt werden. Nicht der Euro, sondern die Staaten und deren defizitäre Haushaltspolitik haben die momentane Krise verursacht. Die gemeinsame Währung bringt uns nicht nur immense wirtschaftliche Vorteile, sie ist auch gemeinsames Symbol eines starken Wirtschaftsraumes und des europäischen Erfolgs. Durch sie sind wir in Vielfalt und zu unserem Glück geeint.

Die Europäer nutzen die bereits genannten Herausforderungen der Vergangenheit als Chance. Gemeinsamer Binnenmarkt, florierender freier Dienstleistungsverkehr, Schengener Abkommen, Währungsunion, eine Erweiterung durch neue Mitgliedsstaaten waren kein Selbstzweck, sondern Schritte auf dem Weg zu einem dauerhaften Friedenswerk und nachhaltigen Wohlstand. Die beschriebenen Wegmarken brachten nicht nur die Freizügigkeit und wirtschaftliche Prosperität nach Europa, sondern schufen und stärkten eine gemeinsame, eine europäische Identität. Rückschritte in der Integration konterkarieren die Möglichkeiten jedes einzelnen EU-Bürgers und sind klar abzulehnen. Auch die Schuldenkrise kann nur durch eine Weiterentwicklung der Integration und eine bessere europäische Zusammenarbeit gelöst werden.

Die genannten Probleme und Herausforderungen sind stets gemeinsam und mit einem breiten Konsens angegangen worden. Das gemeinsame Handeln und die Fähigkeit Kompromisse zu finden ist eine besondere Stärke der Europäischen Union. Daher lehnt die Junge Union Deutschlands ein Europa der zwei Geschwindigkeit ab. Wir müssen den europäischen Weg gemeinsam gehen und dürfen keine Splittung der Europäischen Union zulassen.

Die Junge Union unterstützt den Prozess der europäischen Identifikationsbildung. Identität entsteht nicht nur durch das Erkennen von Gemeinsamkeiten, sondern auch durch eine differenzierte Abgrenzung. Daher ist die derzeitige Vorsicht bezüglich der Erweiterung der EU zu begrüßen, denn nur eine überschaubare, klar definierte Gemeinschaft bleibt für den Einzelnen greifbar. Die Wertegemeinschaft untersteht hierbei einem besonders hohen Schutz, aus diesem Grund lehnen wir einen EU-Beitritt der Türkei ab. Zudem muss die Sicherheit durch klare Grenzen nach außen prioritäres Ziel der europäischen Außenpolitik sein.

Um die Möglichkeiten der Europäischen Union ausschöpfen zu können, ist für die Junge Union der Schutz und die Förderung der Identität der europäischen Völker und der Regionen essentiell. In einem Europa der Regionen müssen die regionalen Besonderheiten, Bräuche und Traditionen gepflegt und erhalten sowie deren Teilsouveräne und selbstverwaltete Subebenen respektiert und besser in einen innereuropäischen Dialog integriert werden. Als Ziel steht nicht ein europäischer Superstaat, sondern ein Verbund, der durch Subsidiarität die Kompetenzen an Staaten und Regionen abgibt und erkennt, wann zum Schutz der Gemeinschaft ein Eingriff in die staatliche Haushaltssouveränität geboten ist. Die Junge Union bekennt sich klar zum Europa der Nationen und Regionen und setzt sich für eine starke und handlungsfähige Europäische Union ein. Zudem ist es das Selbstverständnis der Jungen Union, dass die Europäische Union keine Haftungs- und Transfergemeinschaft ist, weswegen wir auch weiterhin Eurobonds oder andere artverwandte pauschal-kollektive Formen der Schuldenhaftung ablehnen.

Ein bürgernahes, demokratisches Europa muss seinen Einwohnern mehr Mitspracherechte garantieren. Nur wenn die Bürger das sprichwörtliche Zepter in der Hand halten und Europa regieren, sind sie zur Abgabe partieller nationalen Souveränitätsrechte an die EU bereit. Dafür muss das Europäische Parlament mit mehr Rechten und Pflichten ausgestattet werden, um so aus seinem Schattendasein herauszutreten. Daher fordert die Junge Union Deutschlands das Gesetzesinitiativrecht für das EU-Parlament beziehungsweise für die darin vertretenen Fraktionen. Desweiteren sollten die Positionen des EU-Kommissionspräsidenten und des EU-Ratspräsidenten in einem Amt verschmelzen, das direkt gewählt wird, um es mit der notwendigen, demokratischen Legitimation und Akzeptanz auszustatten. Dabei dürfen wir die deutschen Interessen auf der europäischen Ebene nicht außer Acht lassen. Als die meist gesprochene Muttersprache innerhalb der Europäischen Union sollte Deutsch sowohl in Brüssel als auch in Straßburg als Amtssprache gestärkt werden.

Besondere Bedeutung bezüglich der Wahrnehmung der Europäischen Union innerhalb und auch außerhalb ihrer Grenzen kommt den Medien zu. Es ist ernüchternd und erschreckend, wie wenig die Entwicklungen und Entscheidungen aus Brüssel und Straßburg Eingang in die tägliche Berichterstattung finden. Um das Verständnis der komplexen Vorgänge sowie die Akzeptanz der Entscheidungen der europäischen Politik bei den EU-Bürgern zu fördern, ist eine mediale, kontinuierliche, objektive und breite

Aufarbeitung zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit jedoch unerlässlich und klare Forderung der Jungen Union.

Eine effektive EU impliziert nicht nur eine Handlungsfähigkeit nach innen, sondern auch nach außen. Europa muss in der Außenpolitik geschlossener und entschlossener agieren. Wir fordern eine Stärkung der zweiten Säule der EU, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Nur eine konsolidierte und nach außen hin mit einer Stimme sprechende EU kann ihren Einfluss wahrnehmen und Verantwortung übernehmen. Die Besetzung der Position des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik der EU muss mit charismatischen, pragmatischen, wertorientierten und souverän auftretenden Persönlichkeiten erfolgen und nicht bürokratischen und parteipolitischen Interessen geschuldet sein. Eine gemeinsame, europäische Außenpolitik muss auch weltweit wahrgenommen werden. Um den Einfluss der EU zu stärken und die Verantwortung zu fördern, fordern wir einen ständigen EU-Sitz im UN-Sicherheitsrat, ausgestattet mit dem Vetorecht, falls ein deutscher Sitz nicht zustande kommt.